Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 26 (1947)
Heft: 7-8

Artikel: Streiflichter aus Deutschland
Autor: Heininger, Peter
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-335709

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 02.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

PETER HEININGER

Streiflichter aus Deutschland

Die Sterblichkeitsziffer in Berlin

Statistischen Angaben amtlicher Kreise der früheren Reichshauptstadt zufolge zählte man in Berlin im Jahre 1939 bei insgesamt 4,3 Millionen Einwohnern 62 000 Todesfälle. In der Zeit vom 1. Juli 1945 bis zum 30. Juni 1946 ist diese Zahl — bei rund 3 Millionen Einwohnern — *auf 132 000 gestiegen.* Bei der Kategorie der *Rentner* hat man vor dem Krieg eine Sterblichkeitsziffer von rund 6 Prozent jährlich errechnet. In zwölf Monaten der Jahre 1945/46 ist diese Ziffer *auf rund 25 Prozent gestiegen.*

26,4 Prozent uneheliche Kinder

Wie sehr der Krieg und die Auswirkungen der Nachkriegszeit die Moralbegriffe auf den Kopf gestellt haben, geht am deutlichsten aus einer *Bevölkerungsstatistik* hervor, die im *französisch besetzten Gebiet Württembergs und Hohenzollerns durchgeführt worden ist.* Aber auch die Gliederung der *Sterblichkeitsziffern* vermittelt ein anschauliches Bild von den Verhältnissen, in die sich die Deutschen mit soviel Hurra hineinmanövriert haben.

Das Minus der Geburten und das Plus der Sterbefälle erhalten um so größeres Gewicht, als die *Bevölkerung* gegenüber der Vorkriegszeit *zugenommen* hat:

Bevölkerung am 17. 5. 1939	1 029 359
Bevölkerung am 26. 1. 1946	1 059 861
Zunahme	30 502 = 3,0 %

Die *Eheschließungen* im 1. Vierteljahr 1946 — der Zeitraum, für den alle folgenden Ziffern gelten — bezifferten sich auf 1450 und liegen damit nur ungefähr 10 Prozent unter der Zahl der Eheschließungen deg entsprechenden Vergleichsmonate des Jahres 1938, wo die Zahl der Eheschließungen ganz besonders hoch lag. Dieses Resultat ist offenbar auf die sich anbahnende Normalisierung der Verhältnisse zurückzuführen.

Dagegen ist der *Geburtenrückgang* außerordentlich stark, und der Kommentator erklärt, man werde mit dieser Erscheinung auch noch in den kommenden Monaten rechnen müssen:

Geborene inklusive Totgeborene	
1. Vierteljahr 1938	5930
1. Vierteljahr 1946	3796
Abnahme der Zahl der Geborenen	2134 = 36,0 %

Ein besonders typisches Kriegsbild bietet die Geburtenstatistik in bezug auf die *unehelich Geborenen,* die eine geradezu unglaublich hohe Zahl erreicht haben. Die entsprechenden Ziffern lauten:

1. Vierteljahr 1946		
Geborene inklusive Totgeborene	3796	
Davon unehelich Geborene	1005	= 26,4 %
1. Vierteljahr 1938:		
Unehelich Geborene		= 6,8 %
Zunahme der Zahl der unehelich Geborenen		= 19,6 %

Nach diesen amtlichen Ziffern ist also *jedes vierte* im ersten Vierteljahr 1946 im französisch besetzten Gebiet Württembergs und Hohenzollerns geborene Kind *unehelich.* Die sozialen Probleme, die sich auf Jahre hinaus für die betroffenen Mütter, insbesondere aber auch für den Staat ergeben, sind evident. Aber auch die Fragen der *Moral* und der *Sittlichkeit,* welche die heutige Gesellschaft im Zusammenhang mit den unehelich geborenen Kindern aufwirft, dürften in der Zukunft nicht mehr so eindeutig beantwortet werden können, nachdem es sich heute bereits um eine *allgemein werdende Erscheinung* handelt.

Einen Hinweis auf die Ursachen dieser Erscheinung gibt uns eine Übersicht über die in den französisch besetzten Gebieten Württembergs und Hohenzollerns am 26. Januar 1946 gezählten Männer und Frauen:

Männer 449 057, Frauen 610 804, Frauenüberschuß 161 747.

Die Statistiker betonen, daß die oben angeführten Ziffern allerdings keineswegs als für die heutige Situation allgemein gültig betrachtet werden dürfen; auch seien sie nicht etwa typisch für ganz Deutschland. Immerhin vermittelt diese Stichprobe in einem wirtschaftlich nicht besonders schlecht gestellten Gebiet, das außerdem, im Vergleich zu den Verhältnissen in Norddeutschland, unter den Kriegseinwirkungen nicht außerordentlich stark gelitten hat, einen interessanten Einblick.

Zur Wirtschaftslage: Bedarf und Produktion

Einem Bericht des Wirtschaftsamtes Baden-Baden ist zu entnehmen, daß im Jahre 1946 der *Normalbedarf* der Bevölkerung an *Textilien* nur zu *0,6 Prozent,* jener an *Lederschuhen* nur zu *2,5 Prozent,* jener an *Benzin* nur zu *2,0 Prozent gedeckt* werden konnte. Im April konnten statt 1200 Velopneus und 1300 Veloschläuchen nur *70 Pneus und 70 Schläuche* abgegeben werden. Unter diesen Umständen wurden die *Normalverbraucher* bei der Abgabe dieser Güter *überhaupt nicht berücksichtigt.*

Der Friedensbedarf an Textilien wurde jährlich auf 10 Kilogramm pro Kopf errechnet. Der Normalverbraucher soll im Jahre 1947 dagegen nur 500 Gramm erhalten.

Bei diesen Ziffern ist zu berücksichtigen, daß die Lage in der Französischen Zone immer noch erheblich besser ist als anderswo.

Zur Lage im Ruhrkohlenbergbau

Die kürzlich durchgeführten Demonstrationen im *Ruhrgebiet* mochten leicht den Eindruck entstehen lassen, als ob es sich um revolutionäre Agitation handle oder um Aktionen, welche die Nazi gegen die englische Besetzungsmacht organisierten.

Keines von beiden ist der Fall. Der Deutsche hat für einmal genug von «Revolution», und eben diese Lethargie ist auch die Ursache, warum die Nazi keinen Erfolg hätten, selbst wenn sie Unruhen stiften *wollten*. Dagegen zeigt eine Betrachtung der Verhältnisse im Ruhrgebiet nicht nur die Ursachen auf, die zu den Demonstrationen führten. Es wird gleichzeitig auch klar, worauf die gegenwärtige Kohlenkrise zurückzuführen ist. Schuld ist in erster Linie die gemeinsame Politik der Gruben-Barone und der Nazisippschaft.

Die *Kohlengrubenarbeiter* im Ruhrgebiet sind wohl — wie keine andere Bevölkerungsschicht — *maßlos ausgebeutet* worden. Einige Ziffern zur Illustration: Im Jahre 1918 betrug die tägliche Leistung eines Bergarbeiters unter Tag rund 1,1 Tonnen pro Schicht. Diese Leistung steigerte sich indessen bis zum Jahre 1931 auf über 2 Tonnen. Gleichzeitig jedoch wurde der Ruhrkohlen-Bergbau so rationalisiert, daß die Zahl der Arbeiter von 1922 bis 1932 von 546 000 auf 218 000 sank. Im Verlaufe des Krieges änderte sich das. Bei Kriegsende arbeiteten insgesamt rund 407 000 Mann in den dortigen Kohlenzechen, wovon jedoch rund 180 000 Mann Fremdarbeiter waren. Nach Kriegsende übernahm die Besetzungsmacht die Kohlengruben mit einem Arbeiterbestand von rund 220 000 Mann, der dann allmählich auf rund 275 000 Mann gesteigert werden konnte. Die Produktion erreichte im Oktober 1945 rund 180 000 Tonnen täglich, fiel aber im Februar 1946 — nach der Kürzung der Lebensmittelrationen — auf rund 140 000 Tonnen, um sich dann bis Ende 1946 wieder auf 180 000 Tonnen zu steigern.

Für die Leistungsfähigkeit dieser Bergarbeiter ist besonders auch ihre *Altersgliederung* maßgebend. Eine Gegenüberstellung der Jahre 1939 und 1945 erweist sich als sehr aufschlußreich:

Altersgliederung der Ruhrkohlen-Arbeiter [1]

Jahre	Übertag		Untertag	
	1939	1945	1939	1945
	In Prozent			
20 bis 29	4,5	2,0	12,0	6,0
30 » 39	8,3[2]	—	33,3[2]	16,0
40 » 49	6,0	11,5	20,0	33,3[2]
50 » 59	4,0	8,0	8,5	13,3[2]
über 60	0,5	3,0	1,0	2,0

In Worten ausgedrückt, besagen diese Ziffern also, daß die besonders tüchtigen Arbeitskräfte bis zum 30. Altersjahr um die Hälfte zurückgegangen sind, während die Altersstufen vom 30. Jahre an in ungefähr gleichem Ausmaße zugenommen haben. Zu den objektiven Ursachen — reparaturbedürftige Lokomotiven und teilweiser Ersatz durch Pferde, Fehlen von Förderbändern, Getrieben, Abbauhämmern usw. — die zu einem Produktionsrückgang geführt haben, gesellt sich noch der Ausfall an Arbeitskräften und die *Überalterung* der vorhandenen Arbeitskräfte.

Schließlich darf nicht unberücksichtigt bleiben, daß normalerweise 35 Prozent der *Untertage-Arbeiter vor dem Kohlenstoß* angesetzt sind, während dies heute nur

[1] Ohne die jugendlichen Arbeiter von 14 bis 19 Jahren.
[2] Ungefähre Ziffern.

für 20 bis 25 Prozent zutrifft, so daß die eigentliche Förderung gegenwärtig auf vielleicht 50 000 Bergarbeitern lastet.

Ein maßgebender Faktor für den Produktionsrückgang ist selbstverständlich der *Gesundheitszustand* der Bergleute. Zunächst einmal ist festzustellen, daß nicht weniger als rund 19 Prozent der Bergleute in der Ruhr aus Krankheitsgründen nicht arbeiten. Durchgeführte Gewichtskontrollen ergeben ein erschütterndes Bild: Von 958 kontrollierten Untertage-Arbeitern der Schachtanlage «Hannover» in Bochum sind 877 untergewichtig! Vom Rest der kontrollierten 298 Tagesarbeiter sind 255 untergewichtig. Die Kontrolle der Invaliden ergab folgendes Resultat:

Gesamtbelegschaft	3539
Davon Invalide und Schwerbeschädigte	619 = 17 %

Die *Gewerkschaften* fordern daher zur *Behebung der Kohlenkrise* einmal die Erhöhung der täglichen Kalorienzahl von 4000 auf 5000 (Kalorien des Normalverbrauchers in der Englischen Zone: 1550, des Übertage-Arbeiters 2386). Sodann sollen 100 000 Mann neu eingestellt werden, von denen 60 000 bis 70 000 als Hauer auszubilden wären, damit die Steinkohlenförderung, die vor dem Kriege 423 000 Tonnen täglich erreichte, auf 400 000 Tonnen gesteigert würde. Diese Forderungen stehen im Ruhrgebiet gegenwärtig zur Diskussion.

Der Schwarzhandel in Hamburg

Was für ein Chaos in Deutschland herrscht, geht am klarsten aus einem Bericht der *Hamburger Polizei* über die von ihr im Jahre 1946 in dieser Stadt *beschlagnahmten Güter hervor*, die allesamt auf dem Schwarzen Markt feilgeboten wurden:

586	Kühe, Schweine und Schafe
31	Tonnen sonstiges Fleisch
28	Automobile
19	Tonnen Benzin
1 700	Velopneus und -schläuche
3 000 000	Zigaretten und Zigarren
12	Zentner Tabak
200 000	Rasierklingen
26 000	Rollen Nähgarn
2 200 000	Einheiten Penicilin
15 000	Kilogramm Schuhwichse
138 000	Schachteln Streichhölzer
74 000	Meter Stoff
77 000	Paar Strümpfe
2 700	Anzüge und Mäntel
8 400 000	Mark Bargeld

Dazu kommen noch *gefälschte Lebensmittelkarten für 1 000 000 Kilogramm Lebensmittel,* die aus 70 ausgehobenen Fälscherwerkstätten stammen. Das alles in einer einzigen Stadt. Und wenn man jetzt noch dazurechnet, was alles *nicht* erwischt wurde . . .

Ein Betriebsräte-Experiment in Hannover

Ohne daß es zu großaufgezogenen Aktionen der Linkskreise oder gar zu Gewaltakten gekommen wäre, ist den Organisationen der *Arbeiterbewegung im Nachkriegsdeutschland* eine *besondere Stellung* eingeräumt worden. Sie sprechen in den verschiedenen staatlichen Organen ein gewichtiges Wort mit und werden von den Besetzungsbehörden gebührend berücksichtigt. Irgendwelche revolutionäre Bedeutung kommt dieser Neuordnung allerdings nicht zu, so wenig wie etwa den kürzlich im Ruhrgebiet durchgeführten Demonstrationen. Dort liegen spezielle Verhältnisse vor: Die Lage der Grubenarbeiter ist noch erheblich schlechter als bei der übrigen Bevölkerung.

Anders zu beurteilen sind indessen die Bemühungen der Arbeiterschaft, sich das *Mitbestimmungsrecht in den Betrieben* zu sichern. Der organisatorische Ausdruck, den dieses Mitbestimmungsrecht findet, ist äußerlich nicht sehr verschieden von den Verhältnissen in der Zeit nach dem ersten Weltkrieg. Wie damals, so werden auch heute sogenannte *Betriebsräte* geschaffen, deren Aktionsradius allerdings, je nach der örtlichen Lage, verschieden ist. Je stärker die Position der Arbeiterbewegung ist, um so größer ist der Einfluß dieser Betriebsräte und umgekehrt. Neu dagegen ist, im Vergleich zur Zeit nach dem ersten Weltkrieg, daß der *Kampf um die Schaffung der Betriebsräte* und um die Geltendmachung ihres Einflusses sich in völlig legalen, das heißt *demokratischen Formen* abspielt.

Ein bezeichnendes Beispiel liefert dafür *Hannover*. Dort fand noch vor Jahresende 1946 in dem *Bode-Panzerschrankwerk* ein 23 Tage dauernder Streik statt, mit dem sich die Arbeiterschaft die *Einsetzung eines mit bemerkenswerten Machtmitteln ausgestatteten Betriebsrates erkämpfte*. Die *Betriebsvereinbarung*, auf Grund deren der Streik schließlich beendet wurde, weist einige Paragraphen auf, die zweifellos *von revolutionärer Bedeutung* für den betroffenen Betrieb sind. Sollten diese Bestimmungen im Laufe der Zeit allgemein auf die deutschen Betriebe angewendet werden, so würde sich dadurch eine *allmähliche Strukturwandlung der deutschen Unternehmen* und damit auch der deutschen *Wirtschaft* ergeben. Wir zitieren einige der wichtigsten dieser Paragraphen:

§ 3

Die Betriebsleitung bedarf der *Zustimmung des Betriebsrates* bei allen *Einstellungen, Entlassungen, Versetzungen* und *Beförderungen* von Arbeitnehmern sowie bei sonstigen Veränderungen in deren *arbeitsvertraglicher Stellung*. Ebenso bedarf sie der Zustimmung bei allen *Eingruppierungen* einzelner Arbeitnehmer in die *tariflichen Lohn- und Gehaltsgruppen* sowie bei allen *tariflichen Umgruppierungen*.

§ 9

Der Betriebsrat wirkt bei der *Festlegung des Produktionsprogramms*, der Behebung von Schwierigkeiten bei der *Materialbeschaffung*, dem betrieblichen *Wiederaufbau* und der *Schaffung neuer Arbeitsmethoden* mit. Soll der Betrieb *erweitert, eingeschränkt* oder *stillgelegt* werden, bedarf es ebenso der Zustimmung des Betriebsrates wie bei der *Aufgabe bisheriger* und der *Aufnahme neuer Produktionszweige*.

§ 10

Die Betriebsleitung hat dem Betriebsrat (Betriebsausschuß) über alle das *Arbeitsverhältnis* und die *Tätigkeit der Arbeitnehmer berührenden Betriebsvorgänge Aufschluß zu geben* und die entsprechenden Unterlagen, insbesondere die *Lohnbücher* und *Personalakten, vorzulegen*.

Zur Erörterung von Personalfragen und allen andern den Betrieb und die Arbeitnehmerschaft betreffenden Angelegenheiten findet wöchentlich eine Besprechung zwischen der Betriebsleitung und dem Betriebsrat (Betriebsausschuß) statt.

Monatlich erstattet die Betriebsleitung dem Betriebsrat einen *umfassenden Bericht über die Lage und den Gang des Unternehmens und des Gewerbes im allgemeinen* sowie über die *Verhältnisse des Betriebes*, namentlich über *Art und Umfang der vorliegenden und zu erwartenden Aufträge*, über die *Rohstofflage*, über den *Beschäftigungsstand*, über etwa geplante *Betriebsumstellungen* und über etwa vorhandene *Schwierigkeiten* im besonderen.

Innerhalb sechs Monaten nach Ablauf eines Geschäftsjahres *legt* die Betriebsleitung dem Betriebsrat (Betriebsausschuß) für das abgelaufene Geschäftsjahr eine *Betriebsbilanz vor*, die die Bestandteile des Vermögens und der Schuld ersehen läßt und eine einwandfreie Übersicht über den *Vermögensstand des Unternehmens* gewährt, sowie eine *Betriebs-Gewinn- und Verlustrechnung*. An Hand der Unterlagen der Bilanz, wie *Inventar, Rohbilanz, Kontokorrent-Konto, Betriebs- und Handlungsunkosten* sind die Bedeutung und die Zusammenhänge der einzelnen Bilanzposten unter Hervorhebung der wesentlichen Änderungen während des Geschäftsjahres zu erläutern.

Die Mitglieder des Betriebsrates (Betriebsausschuß) sind verpflichtet, über die ihnen von der Betriebsleitung vertraulich gemachten Angaben Stillschweigen zu bewahren.

§ 11

Zur *ständigen Teilnahme an den Zusammenkünften des Aufsichtsrates* werden vom Betriebsrat zwei seiner Mitglieder bestimmt, die in den Sitzungen beratende Stimme haben. Über dabei vertraulich gemachte Angaben hat der Betriebsrat Stillschweigen zu bewahren. — (Auszeichnungen im Text von uns.)

Man sieht: Der Begriff der «revolutionären Entwicklung» steht in keinem Zusammenhang mit irgendwelcher Form von Gewalt, wenigstens in keinem *kausalen* Zusammenhang. Die mit solchen Bestimmungen erstrebte *Demokratisierung der kapitalistischen Wirtschaft* erfolgt unter Wahrung der demokratischen Spielregeln und wandelt dennoch in revolutionärer Weise das Bild. Wesentlich bei den vorstehend zitierten Bestimmungen ist wohl die *Mitwirkung des Betriebsrates bei der Festsetzung des Produktionsprogramms*, das von der Zustimmung des Betriebsrates abhängig ist. Damit ist, unter Respektierung der kapitalistischen Eigentumsform an den Produktionsmitteln, die Möglichkeit gegeben, die Produktion nach dem *Bedarf* zu bestimmen. Unter der Voraussetzung der generellen Anwendung solcher Bestimmungen auf die deutsche Wirtschaft wäre also *nicht mehr der einzelne Betrieb Mittelpunkt* der Wirtschaft, das heißt nicht mehr der Profit, sondern die *Bedürfnisse der Konsumenten.*

Man darf gespannt sein, wie die Entwicklung dieser Verhältnisse in Deutschland weitergeht.

«*Schlimmer als Versailles*»

Die deutsche Öffentlichkeit ist um Diskussionsthemen nicht verlegen. Wenn man seit Jahren keine Unterwäsche kaufen konnte, in bombengeschädigten Häusern während strengster Wintermonate über nur geringste Mengen Brennholz verfügt, Millionen von Toten beklagt, fremde Herren im eigenen Land hat, geht einem der Gesprächsstoff nicht aus. Daß ob so viel Sorgen die Erörterung der eigenen Schuld zu kurz kommt, verwundert weiter nicht.

Ein aufmerksamer Beobachter der deutschen öffentlichen Meinung gewahrt allerdings, daß in letzter Zeit *eine* Frage immer mehr in den Mittelpunkt der Erörterungen rückt: Das ist das *Schicksal der deutschen Ostgebiete,* das heißt der Territorien, die östlich der russischen Zone liegen und — mit Ausnahme von Ostpreußen, das Rußland sich einverleibte — in Polen aufgegangen sind. Diese Amputation am alten Reichsgebiet wird unter düstersten Aspekten betrachtet.

Das wichtigste Argument, das der nicht an übermäßiger Bescheidenheit leidende Sozialdemokrat Dr. Kurt *Schumacher* in seinen Anklagereden gegen die Alliierten vorbringt, ist die Forderung auf *Rückgabe* dieser Ostgebiete. Schumacher erntet mit dieser Forderung nicht nur den Beifall seiner Parteigenossen. Darüber hinaus genießt er die Sympathien aller Nationalisten bis zum schlimmsten Reaktionär. Und welcher Deutsche wäre heute nicht immer noch oder sogar erst recht, wenn nicht sogar zuallererst, ein Nationalist? So ist heute wiederum eine Legende im Entstehen begriffen — die Legende eines neuen Versailles, jene Legende, die in der Naziagitation eine so *wesentliche* Rolle gespielt hat. Mit dieser Legende wurde der schlimmste Chauvinismus aufgepeitscht, und was *Hitler* einst so gründlich besorgte, das läßt sich heute Schumacher angelegen sein. Die beiden berufen sich zwar auf einander entgegengesetzte Parteiprogramme. In diesem einen Punkt jedoch stimmen sie überein.

Man hat sich daher Rechenschaft zu geben darüber, welche objektive Bedeutung diesen Ostgebieten zukommt. Bevölkerungsmäßig waren sie für Deutschland nicht übertrieben wichtig. Wohl erreichte die inzwischen ausgesiedelte Bevölkerung ungefähr 13 Prozent der Bevölkerung des alten Reichsgebietes. Viel wichtiger waren diese Gebiete jedoch in wirtschaftlicher Hinsicht, wie das aus folgender Zusammenstellung hervorgeht:

Landwirtschaftliche Produkte und Viehhaltung der Ostgebiete			Einfuhr des Altreichs[5]
Produkte	Erzeugung		
	1000 Tonnen	Prozent des Altreichs	1000 Tonnen
Roggen[3]	2 816	32,7	753
Weizen[3]	865	15,5	—
Futtergetreide[3]	2 943	24,4	1650
Kartoffeln[3]	14 593	24,3	87
Zuckerrüben[3]	3 984	25,6	—
Übrige Hackfrüchte[4] . .	10 145	22,0	—
Hülsenfrüchte[4]	255	42,5	110
Vieh			
Rindvieh[3]		20,4	
Schweine[3]		23,5	

Wenn man unter normalen Umständen von einem Land einen Wirtschaftsraum von der Bedeutung der Ostgebiete abtrennt, würde dies schon ein äußerst *empfindlicher Verlust* sein. Um wieviel gravierender muß sich für Deutschland erst der Ver-

[3] 1938
[4] Durchschnitt 1934—1938
[5] Einfuhr zur vollständigen Deckung des Bedarfes im Durchschnitt der Jahre 1934—1938

zicht auf rund *25 Prozent* seiner Ernährungsbasis auswirken, gerade heute, wo das Land zerbombt ist, wo Millionen von Arbeitskräften durch Kriegstod aller Art fehlen, wo die vorhandenen Arbeitskräfte infolge Invalidität und nicht einwandfreien Gesundheitszustandes nur beschränkt arbeitsfähig sind und wo *zusätzlich weitere über zehn Millionen Menschen ernährt werden müssen.* Diese Feststellungen haben nichts mit rührseligem Erbarmen oder ungerechtfertigter Sympathie mit den Deutschen zu tun, die sich den verlorenen Krieg und vieles andere selbst zuzuschreiben haben.

Man kann einwenden, daß durch die Aussiedlung der Deutschen in den Ostgebieten bis in den Balkan hinunter Deutschland neue Arbeitskräfte gewinne, auch wenn es gleichzeitig neue Esser erhalte. Doch ist dieses Argument nur bedingt richtig, wie wir sogleich sehen werden. Zunächst einmal folge hier eine Übersicht über die aus dem Osten Ausgesiedelten:

Land oder Gebiet	Anzahl in Millionen Bestand 1939	Ausgesiedelt 1945
Ostgebiete	9,30	9,15
Danzig	0,38	0,30
Polen	0,50	0,70
Tschechoslowakei	3,35	3,06
Ungarn	0,47	0,45
Estland, Lettland, Litauen	0,12	0,09
Bessarabien, Buchenland, Dobrudscha	0,20	0,16
Total	14,32	13,91

Also hätte Deutschland heute fast 14 Millionen mehr Arbeitskräfte, welche für die Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion eingesetzt werden könnten. Ein Blick jedoch auf die berufliche Gliederung der Umsiedler (inbegriffen die Familienangehörigen) zeigt, daß noch lange nicht alle die Menschen einfach als Bauern oder landwirtschaftliche Arbeiter zu verwenden sind:

Berufliche Gliederung der ausgesiedelten Deutschen (ohne freie Berufe)

Beruf	Prozent
Land- und Forstwirtschaft	29,5
Industrie und Handwerk	34,2
Handel und Verkehr	12,5
Öffentliche Dienste	18,2
Häusliche Dienste	5,6

Rund 30 Prozent können also als Bauern verwendet werden. Sowenig man aber mit Erfolg einen Bauern hinter eine Schreibmaschine setzen kann, sowenig ist es möglich, einem Beamten das Melken zuzumuten. Es müßte eine viele Jahre dauernde Umschulung stattfinden, damit überhaupt etwas erreicht wird.

Zunächst indessen bleibt die Frage zu prüfen, inwieweit das *landwirtschaftliche Potential* des heutigen Deutschlands den *Einsatz von Bauern und landwirtschaftlichen Arbeitern überhaupt zuläßt.* Auch diese Aussichten sind nicht zu groß. So

wurde auf Grund von Studien des *Weltwirtschaftlichen Institutes der Universität Kiel* folgende Schätzung vorgenommen, die — mit Ausnahme der Verhältnisse in der russischen Zone — so ziemlich auf ganz Deutschland zutreffen dürfte, wenn die Möglichkeiten in gewissen Gebieten nicht noch ungünstiger sind:

«Es wird ... vor allem darauf hingewiesen, daß die landwirtschaftlichen Gebiete West- und Südwestdeutschlands ausgesprochene Kleinbauerngebiete sind. Soweit Großgüter hier vorhanden sind, sind sie zum Teil nach Lage und Bodenqualität für den Kleinbetrieb ungeeignet, zum Teil müssen sie als Forschungs-, Lehr- und Musterbetriebe für die Erhöhung des landwirtschaftlichen Leistungsbestandes erhalten bleiben. Bei Ansatz einer Durchschnittsgröße der Siedlerstelle von 11,2 Hektaren können bei Aufteilung des Großgrundbesitzes von über 100 Hektaren rund 200 000 bis 450 000 Menschen seßhaft gemacht werden. Hinzu kommen die möglicherweise zu gewinnenden Neubauernstellen auf früherem Öd- und Waldland, auf denen ... bei einer Durchschnittsfamiliengröße von 4,5 Personen weitere 225 000 Menschen angesetzt werden können. Rechnet man, daß in der vorhandenen Landwirtschaft durch Steigerung des Hackfrucht- und Gemüsebaus noch etwa 300 000 Menschen als landwirtschaftliche Arbeiter unterkommen können, so wären günstigstenfalls von den vier Millionen aus der Landwirtschaft kommenden Berufsangehörigen *eine Million* unterzubringen.»

Die nüchterne Betrachtung der Frage der Ostgebiete führt zum Schluß, daß durch ihre Abtrennung Deutschland einen Verlust erleidet, der *auf Generationen hinaus* durch eine entsprechende Umstellung der Wirtschaft *nicht wieder gutgemacht werden kann* und daher die *ausreichende Ernährung* des deutschen Volkes *auf Jahre hinaus zumindest nicht gewährleistet ist.*

Politisch wird diese Tatsache in Deutschland ein *dauernder Unruheherd* bleiben, der den alten und jungen *nationalistischen Agitatoren Stoff in Hülle und Fülle bietet.* Heute schon ist das Stichwort gefallen: *«Schlimmer als Versailles!» Damit ist die Bahn frei für alle jene, die schon nach 1918 wieder zum Krieg getrieben haben.* Wären der deutschen Industrie für die Zukunft engste Grenzen gesetzt worden, hätte dadurch die pazifistische Propaganda ein gewichtiges Argument erhalten. Daß die Ernährungsbasis so stark beschnitten wird, hat die *gegenteilige Wirkung.*

Zerstörte deutsche Bibliotheken

Es ist bezeichnend für die Langsamkeit, mit der sich der deutsche Wiederaufbau, insbesondere des geistigen Lebens, vollzieht, daß zum Beispiel auch heute noch keine vollständige Bestandesaufnahme der erhalten gebliebenen Bibliotheksbestände vorliegt. Immerhin haben die seit 1940 zum erstenmal wieder abgehaltenen Bibliothekartagungen unter anderem folgende Ziffern festgestellt:

Name der Bibliothek	Anzahl der Bände in Tausenden	
	1939	1946
Bibliothek der Technischen Hochschule Berlin	250	—
Stadtbibliothek Duisburg	120	—
Stadtbibliothek Frankfurt a. Main	670	—
Universitätsbibliothek Gießen	530	—

Landesbibliothek Kiel	67	—
Landesbibliothek Kassel	400	—
Stadtbibliothek Krefeld	70	—
Stadtbibliothek Magdeburg	180	—
Landesbibliothek Gotha[6]	400	—
Bibliothek der Technischen Hochschule Aachen	108	58
Universitätsbibliothek Bonn	730	180
Staatsbibliothek Bremen	300	150
Landesbibliothek Darmstadt	760	150
Landesbibliothek Dresden	850	550
Stadtbibliothek Essen	250	25
Staats- und Universitätsbibliothek Hamburg	850	225
Stadtbibliothek Hannover	175	65
Landesbibliothek Karlsruhe	374	14
Murhardsche Bibliothek Kassel	245	130
Universitätsbibliothek Kiel	520	270
Universitätsbibliothek München	1100	750
Universitätsbibliothek Münster	580	180
Landesbibliothek Stuttgart	700	100
Universitätsbibliothek Würzburg	470	145

Allein von diesen allerwichtigsten Bibliotheken, die zu Beginn des Krieges über einen Bestand von rund zehn Millionen Bänden verfügten, sind rund 2,9 Millionen Bände übrig geblieben, so daß rund 7,7 *Millionen Bände vernichtet* wurden, mit Ausnahme der Landesbibliothek in Gotha, die kurzerhand nach Moskau geschafft worden ist. Durch die Abtretung der deutschen *Ostgebiete* gingen 31 Bibliotheken mit einem Bestand von rund 3,6 Millionen Bänden verloren. Insgesamt zählte Deutschland bei Kriegsbeginn etwa 350 wissenschaftliche Bibliotheken mit einem Bestand von etwa 56 Millionen Bänden.

Ob diese Bücher jemals wieder ersetzt werden können, ist fraglich, auch wenn man darauf mehr als hundert Jahre lang warten wollte. . . . Ganz abgesehen von den im Ausland herausgegebenen Neuerscheinungen der Jahre 1933 bis 1947.

[6] Von den Russen nach Moskau transportiert